

Der SPIEGEL verabschiedet sich endgültig als ernstzunehmendes Medium

Das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* wurde unter seinem Gründer Rudolf Augstein, ein linksliberaler Geist aber herausragender Journalist, gern als das „Sturmgeschütz der Demokratie“ bezeichnet. Ein Ehrentitel, der lange seine Berechtigung hatte, denn der Spiegel galt als nicht korrumpierbar, erbarmungslos hartnäckig in der Recherche, und - na klar - politisch sehr weit links.

Aber wenn man das als Leser weiß, dann kann man damit umgehen

Denn wenn Sie Politiker oder Gewerkschaftsführer, Konzernchef oder Journalist anderswo sind, dann kommen Sie um Spiegel und Springers BILD nicht herum.

1962 gelang dem Wochenmagazin mit der Titelgeschichte „Bedingt abwehrbereit“ über das NATO-Manöver „Fallex“ ein echter Scoup - auf Deutsch: ein Knüller. Einen „Abgrund an Landesverrat“ witterten Politiker in Bonn, die Polizei rückte mit einem Rollkommando in die Redaktionsräume ein. Verleger Augstein und mehrere Journalisten des Blattes wurden festgenommen. Augstein saß 103 Tage in Untersuchungshaft.

+++Gefällt Ihnen dieser Artikel?+++Dann denken Sie dran: Ohne Ihre Unterstützung kann dieser Blog nicht existieren+++Bitte spenden Sie auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal auf @KelleKlaus+++

1988 startete SPIEGEL TV, ein „Must-See“ für jeden, der wissen wollte, was los war in Deutschland. Mit einem publizistischen Höhepunkt bei der Dokumentation des Zusammenbruchs der DDR und der Wiedervereinigung.

Man könnte viele Beispiele aufzählen hier über ein ganz starkes Nachrichtenmagazin, seriös, unbestechlich und links. Aber das ist Vergangenheit.

Viele Jahre habe ich keine gedruckte Ausgabe verpasst. Zu gut waren Artikel und Analysen. Doch das ist Vergangenheit. Heute schaue ich morgens kurz bei SPIEGEL-Online rein, um meistens festzustellen, dass es sich nicht mehr lohnt, da reinzuschauen.

In den Merkel-Jahren drängte sich immer vehementer der Eindruck auf, dass da eine linke Postille bemüht war, den Kurs der Bundesregierung zu stützen, anstatt bohrend nachzufragen. Amtsvorgänger Gerhard Schröder hatte vorher schon freimütig bekannt, zum Regieren brauche er „BILD, BamS und Glotze“.

Und heute? Der SPIEGEL ist nur noch ein Abklatsch einer großen publizistischen Vergangenheit.

Morgen erscheint das Blatt mit dem Titel „Wie Faschismus beginnt“, dazu die Gesichter von Björn Höcke, Marine Le Pen und - jetzt festhalten! - Donald Trump.

Ekelhafter Kampagnen-Journalismus – ohne jede Distanz zu einem solchen Thema. Dieses Wochenheft braucht kein Mensch mehr....

Es geht nicht um die Richtung, es geht um unsere Grundrechte

Was mir am meisten gefällt am Urteil des Bundesverwaltungsgericht in der Sache „Compact“ gegen Nancy Faeser ist, dass Herr Elsässer und die Seinen nun einmal selbst erlebt haben, was der Unterschied zwischen einem demokratischen Rechtsstaat und einem Unrechtsstaat wie die Russische Föderation ist. In Deutschland kann man auch heute im Jahr 2024 vor einem unabhängigen Gericht gegen den Staat und die Regierung gewinnen.

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat dem Eilantrag der Compact-Magazin GmbH entsprochen und das Verbot des Magazins „Compact“ aufgehoben.

Elsässer sagte heute, die August-Auflage sei gedruckt und werde jetzt kurzfristig wieder im Zeitungshandel verfügbar sein. Und er gab seiner Erwartung Ausdruck, dass die Nachfrage so groß sein wird, dass vermutlich Exemplare nachgedruckt werden müssten.

Dieses ganze Verbotverfahren ist ein Willkürakt einer linken Politikerin gegen ein unliebsames Medium

Allein das Foto von Jürgen Elsässer im Bademantel an seiner Haustür in Falkensee erinnert mich an die dunkelsten Stunden der deutschen Geschichte. Ein martialischer Aufmarsch von Polizisten mit Sturmhauben über den Köpfen – so etwas gibt es in Russland oder China, solche entwürdigenden Machtdemonstrationen gab es in der DDR, aber ein demokratischer Rechtsstaat macht so etwas nicht.

Doch Frau Faeser hat es getan, weil sie die Macht dazu hat. Und weil sie alles, was irgendwie nicht links tickt, hasst.

Im Jahr 2020 hatte es eine hitzige Debatte im Bundestag um einen Gastbeitrag gegeben, den die SPD-Politikerin im Magazin „Antifa“ geschrieben hatte und in dem sie den Rechtsextremismus als die größte Gefahr für Deutschland bezeichnete. Offenbar liest sie die Statistiken ihres Hauses über Migrantengewalt und Antifa-Gewalt nicht, die ein vielschichtigeres Bild der Lage zeigen.

+++Bitte unterstützen Sie diesen freiheitlichen Blog mit einer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @KelleKlaus+++

Eine linke Ministerin, die für unsere Sicherheit arbeiten soll, aber offenbar eine Sehnschwäche nach Links hat, ist unerträglich.

Und Elsässer? Ich habe drei- oder viermal in Compact geblättert und gelesen. Jede Minute war verschwendete Zeit. Aber darum geht es nicht. Es geht darum, dass die Meinungsfreiheit in Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert wird. Ich bin froh, in so einem Land zu leben.

Sauberer Journalismus, freie Meinungen...

Liebe Leserinnen und Leser!

Ich möchte heute einmal wieder die Gelegenheit nutzen, mich bei denen von Ihnen herzlich zu bedanken, die nach meinem [Aufruf](#) zuletzt zur Unterstützung unserer Portale *Denken Erwünscht*, *KELLE* und *TheGermanZ* gespendet haben. Das war sehr hilfreich für unser langfristiges Ziel, seriöse und stabile alternative Medien zu betreiben, die berichten, was ist. Wir haben keine andere Botschaft dabei, außer *Deutschland zuerst!*

Wir berichten auch über die Dinge, die uns nicht gefallen

Und wir schreiben nicht nur für eine politische Blase, sondern wir wollen auch viele Menschen erreichen, die nicht im eigenen Saft schmoren.

Das ist nicht krawallig, nicht einmal sexy, aber es ist notwendig für eine Gesellschaft, nicht nur Mainstream und Krawall als Alternativen zu haben, sondern die breite bürgerliche Mitte, die den Karren am Laufen hält.

Wir werden nicht von Verbänden, Parteien oder gar anderen Staaten finanziert, sondern wir sind allein auf IHRE Unterstützung angewiesen.

Im Katastrophenjahr 2020 sind unsere Einnahmen massiv eingebrochen – um 70 Prozent. Weil Sie, weil Bürger in Zeiten von Energiekrise, Krieg und Inflation verständlicherweise andere Sorgen haben, als alternative Medien.

Gleichzeitig sehen Sie bei Themen wie Massenmigration, Corona-Maßnahmen und GenderGaga, wie gut und wichtig es ist, wenn Journalisten gegen den Irrsinn anschreiben und die Öffentlichkeit darüber informieren – was ist.

Um das Überleben von DENKEN ERWUENSCHT sicherzustellen, brauchen wir dringend Ihre Hilfe.

Für sauberen Journalismus und freie Meinungen: Bitte spenden Sie auf unser Konto

DE18 1005 0000 6015 8528 18
oder über PayPal auf das Konto @KelleKlaus

Vielen Dank!

Mit herzlichen Grüßen,

Ihr Klaus Kelle

Mit CDU-Brandmauern entscheidet Frau Wagenknecht bald, wer Deutschland regiert

Im September werden in Sachsen, Thüringen und Brandenburg neue Landtage gewählt. Glaubt man den Umfragen - und das kann man - wird die AfD überall stärkste Kraft und Wagenknechts BSW könnte überall Zünglein an der Waage spielen. Das sorgt in den Parteizentralen von CDU und SPD jetzt schon für Schwitzehändchen und aufgeregtes Klappern mit dem Rechenschieber.

Es gäbe auch überall in den Ost-Bundesländern - außer Berlin - klare schwarz-blaue Mehrheiten. Rechnerisch. Aber da Sozialisten und Grüne und Mainstreammedien der CDU vorschreiben, mit wem sie über was reden dürfen, beraubt sich die Union jeder Option, Deutschland wieder zum Guten zu verändern.

So lange niemand mit der AfD kooperiert, sind Regierungsmehrheiten ohne Grüne und Rote nicht möglich - außer im Paradies, das wir Bayern nennen.

Und, nicht dass Sie mich missverstehen, die AfD bemüht sich selbst nach Kräften, dass diese Zwickmühle so bleibt wie sie ist.

Aber andererseits....

Im sächsischen Landtag haben CDU und AfD rund 70 Prozent der Sitze. Und was macht Kretschmer? Eine Koalition mit SPD und Grünen. Das kann nicht gutgehen, wenn die Wähler sich permanent verarscht fühlen müssen. Die Sachsen wollen konservativ, viele rechts. Das muss man nicht mögen, aber Demokratie ist die Herrschaft des Volkes.

+++Wir werden das Jahresende mit diesem Blog nicht erleben, wenn unsere Leser unsere Unabhängigkeit nicht erhalten+++Bitte spenden Sie

nach Ihren Möglichkeiten auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Und nun Frau Wagenknecht, die Linksextremistin mit dem anderen Blick auf das Migrationsthema.

Wenn ich Frau Wagenknecht höre und sehe, denke ich oft: WOW!

Wenn Sie die trostlose Lage in Deutschland beschreibt, möchte ich spontan rechts unten unterschreiben. Wenn sie die Existenzsorgen der Mittelschicht, der kleinen Leute beschreibt, wenn sie für den Mittelstand und gegen die Großkonzerne in die Schlacht zieht, wenn sie sich über die Grünen lustig macht...da möchte man vor Freude weinen, auch als Konservativer.

Aber Sahra Wagenknecht ist eine SOZIALISTIN

Und sie betreibt das Geschäft Moskaus in Deutschland – ob aus Überzeugung oder qua Auftrag, das lassen wir mal offen hier.

Jetzt gerade, vor den Wahlen im Osten, hat sie neue Bedingungen für Kooperationen und Koalitionen formuliert. Das BSW werde sich nur an einer Landesregierung beteiligen, die die US-Raketenpläne, die die Kriegsgefahr für Deutschland massiv erhöhten, klar ablehne, hatte Wagenknecht in einem RND-Interview gesagt.

US-Raketenpläne... Thema im Landtagswahlkampf?

Klar, die Sahra ist strategisch die Beste seit Angela Merkel. Aber eben nur strategisch, weil sie weiß, dass das Thema Krieg und Frieden besonders bei den Menschen in Ostdeutschland jetzt gerade eine herausragende Rolle spielt. Damit kann man jetzt Wahlen gewinnen. Die immer noch glauben, dass Putins Russland eine Weltmacht und die USA das Böse seien. Im September wäre es möglich, dass AfD und BSW im Osten russlandzahme Landesregierungen bilden.

Georg Maier, Innenminister und SPD-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Thüringen, beklagt das durchsichtige Wahlmanöver Wagenknechts im Berliner „Tagesspiegel“: Wagenknechts „Aussage macht deutlich, dass es BSW nicht um Thüringen oder Sachsen geht, sondern nur um die Interessen der Parteichefin“. Und letztlich um den Einzug in den Bundestag im September 2025.

Dann wird es ganz interessant, denn die BSW startete zuletzt immer wieder Avancen in Richtung CDU. Und die Union wäre nicht die Union, die sie heute ist, wenn sie nicht herumeiert. Im Bund werde man nicht koalieren, aber in den Ost-Ländern...mal sehen. Als wenn die Bundes-CDU nicht umfallen würde, wenn sie sähe, dass es im Osten mit den Sozialisten funktioniert.

Ich wiederhole mich, aber der entscheidende Punkt für eine andere Politik in Deutschland ist das Niederreißen aller Brandmauern. Nur CDU und AfD könnten bei Migration, KlimaGaga, Wirtschaftspolitik eine 180-Grad-Wende einleiten. Die linksextremen Netzwerke von der staatlichen Förderung abschneiden, den Staatsfunk halbieren und eine Bildungspolitik anschieben, die den Namen

verdient und unseren Kindern eine strahlende Zukunft verspricht.

Dazu muss sich die CDU bewegen, und dazu muss sich auch die AfD bewegen. Und wenn nicht?

Dann entscheidet Frau Wagenknecht demnächst, wer Deutschland wie regiert.

Die Dinge entwickeln sich - es läuft nicht gut für Putin

Russland hat den Krieg in unser Land gebracht und soll nun spüren, was es getan hat.« So begründete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den überraschenden Vorstoß seiner Armee am Dienstag auf russisches Gebiet im Raum Kursk. Im Internet kursieren seit gestern Abend Videos, die die Gefangennahme zahlreicher russischer Soldaten durch ukrainische Kräfte zeigen. Heute früh, für uns noch nicht zu verifizieren, gibt es Meldungen, nach denen der Versuch der russischen Armee, militärischen Nachschub nach Kursk zu bringen, durch Luftangriffe ukrainischer F 16-Kampfflugzeuge in einem Desaster endete.

Als ob das alles nicht genug schlechte Nachrichten für Russlands Präsidenten Wladimir Putin wären: Nun hat sich mit dem russischen Milliardär Oleg Deripaska erstmals ein mächtiger Oligarch aus dem persönlichen Umfeld Putins zu dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine in unerwarteter Deutlichkeit geäußert.

In einem Interview der japanischen Zeitung „Nikkei Asia“ forderte Deripaska gestern einen „sofortigen, bedingungslosen Waffenstillstand“. Und weiter: „Wenn man den Krieg beenden will, muss man zuerst den Beschuss stoppen.“ Deripaska ist als offizieller Repräsentant Russlands bei einer Konferenz in Japan und bezeichnete den Krieg gegen die Ukraine als „verrückt“.

Deripaska zählt zu den reichsten und einflussreichsten Unternehmern in Russland. Er hat sein Vermögen bei der Privatisierung von Aluminium- und Bergbaukonzernen nach dem Zerfall der Sowjetunion erworben. Das US-Wirtschaftsmagazin schätzt ihn auf 2,8 Milliarden Dollar Vermögen.

Wegen seiner Nähe zu Präsident Wladimir Putin wird Deripaska von westlichen Ländern mit Sanktionen belegt. Im Gegensatz zu anderen im Land gebliebenen Prominenten hat Deripaska sich wiederholt kritisch über die russische Politik geäußert, allerdings noch nie so deutlich wie in diesem Interview.

Vor dem Hintergrund des Schicksals anderer mächtiger Oligarchen, die es früher gewagt hatten, Putin offen zu kritisieren, ist dieser Affront gegen den Präsidenten mutig, waghalsig oder einfach irre in einer Zeit, wo ständig Putin-Kritiker versehentlich aus Hotel- und Krankenhausfenstern stürzen und ums Leben kommen. Oder es ist der überfällige erste Schritt mächtiger Russen, den Putin-Irrsinn endlich zu

beenden, der Russland schadet wie nichts anderes in den vergangenen Jahrzehnten.

Der russische Putin-Strategie Alexander Dugin, der gern von einem „Eurasien“ ohne Amerikaner in Europa schwurbelt, hyperventilierte jedenfalls gestern nach Deripaskas Interview in Japan. Er schäumte: „Das ist ein Dolchstoß in den Rücken unserer Streitkräfte und eine Unterstützung für die Terroristen der ukrainischen Armee, die in die Region Kursk eingedrungen sind.“

DDR-Bürgerrechtler warnen vor Koalitionen mit Wagenknecht

Wenige Wochen vor den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern haben DDR-Bürgerrechtler der BSW-Chefin Sahra Wagenknecht und anderen Parteimitgliedern Lügen und Desinformation bezüglich des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine vorgeworfen. Und sie warnen die CDU, Koalitionen mit Wagenknecht einzugehen.

So hatten BSW-Mitglieder mehrfach behauptet, dass in der Ukraine „Faschisten“ regieren würden. „Wie soll das gehen, wenn sowohl Präsident als auch der Ministerpräsident Juden sind?“, fragen die Unterzeichner in dem Offenen Brief. Sie kritisieren auch, dass das BSW zu den Zuständen in Russland schweigt, wo Präsident Wladimir Putin die Opposition verbiete und Oppositionelle umbringen lasse. Weiter: „Warum spricht das BSW die Abschaffung der Medienfreiheit in Russland nicht an?“

Die Unterzeichner zählen weitere Fälle von Desinformation seitens Wagenknecht und des BSW auf: So habe die Partei schnell die Falschmeldung über angeblich in der Ukraine eingesetzte französische Soldaten aufgenommen, obwohl der französische Präsident Macron dementiert habe. Die Meldung über Wagenknechts Aussage hatte zuerst der russische Staatssender Sputnik verbreitet, der in der EU gesperrt ist.

Den Brief unterzeichnet haben demnach Martin Böttger, Marianne Birthler, Rainer Eckert, Markus Meckel, Reinhard Weißhuhn, Christian Dietrich, Katrin Eigenfeld, Joachim Goertz, Christian Halbrock, Gerold Hildebrand, Almut Ilsen, Gisela Kallenbach, Uwe Lehmann, Thomas Pilz, Ulrike Poppe, Utz Rachowski, Lothar Rochau, Mario Schatta, Siegbert Schefke, Jutta Seidel, Barbara Sengewald, Wolfram Tschiche, Esther-Marie Ullmann-Goertz, Reinhard Weißhuhn und weitere Mitglieder der DDR-Bürgerbewegung.

Randale in Southport

Das britische Southport im Nordwesten Englands ist zur Zeit alles andere als ein friedlicher Ort. Ein 17-jähriger „Mann“ hat drei kleine Kinder – Elsie Dot S. (7), Alice D.-A. (9) und Bebe K. (6) – erstochen und damit neben unendlichem Leid der Familien auch unendliche Wut in der Bevölkerung ausgelöst.

Bei Ausschreitungen in der 90.000-Einwohner-Stadt wurden Gebäude in Brand gesetzt und Polizisten massiv mit Steinen, Bierflaschen und Feuerlöschern angegriffen.

Im Internet und auf den Straßen kursieren Gerüchte, das Täter sei ein muslimischer Asylbewerber. Die Behörden bestreiten das, geben aber keinerlei Auskünfte über die Identität des Mörders. Und man fragt sich: Warum eigentlich? Fehlende Informationen heizen die Stimmung in der Bevölkerung gerade weiter auf. Inzwischen wurde bekannt, dass der Täter in England geboren sei, seine Eltern aus Ruanda stammen.

Und Politiker rufen dazu auf, jetzt härter gegen die rechten Randalierer vorzugehen. Vielleicht wäre es sinnvoll, mal härter gegen die Messer-Täter vorzugehen – in Großbritannien ebenso wie in Deutschland.

Sehnsucht nach einem Russland, das es nicht mehr gibt

Sie sind nach einem spektakulären Gefangenenaustausch in Freiheit, doch sie wollen Russland nicht den Rücken kehren. Bei einer Pressekonferenz in Bonn sagte gestern der russische Oppositionspolitiker Ilja Jaschin, er betrachte seine Freilassung nicht als Gefangenenaustausch, sondern als „illegale Ausweisung gegen meinen Willen“.

„Vom ersten Tag hinter Gittern an habe ich gesagt, dass ich für einen Austausch nicht bereit bin. Ich habe öffentlich darum gebeten, nicht in die Austauschlisten aufgenommen zu werden, da ich mich als russischer Politiker und Patriot verstehe.“

Ein Mitarbeiter des russischen Geheimdiensts FSB, der ihn eskortiert hatte, habe ihm zum Abschied

gesagt: „Du kannst natürlich wie Nawalny nach Russland zurückkehren. Du wirst wie Nawalny verhaftet werden. Und du wirst wie Nawalny enden“.

Putins Russland eben....

Von der beängstigenden Macht der LGBTQ-Extremisten

**+++Bitte unterstützen Sie unsere publizistische Arbeit durch eine
Spende auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal
@KelleKlaus+++**

Die Boxerin Angela Carini (25) aus Italien hat gestern nach nur 46 Sekunden ihren olympischen Kampf abgebrochen. Weil sie Angst hatte. Angst um ihre Gesundheit. „Ich habe noch nie so einen Schlag gespürt“, sagte Carini nach dem Kampf.

„Siegerin“ wurde der Algerier Imane Khelif. Der durfte bei der Box-WM in Neu-Delhi zuletzt nicht antreten, weil seine/ihre Testosteronwerte deutlich zu hoch waren, und er damit nicht als Frau gelten konnte.

Carini scheint die hitzige politische Debatte nach dem Kampf eher unangenehm zu sein. Sie wolle keine politischen Aussagen treffen und sagte: „Wenn dieses Mädchen hier ist, muss es einen Grund geben.“

Ja, den Grund gibt es

Es ist die Politisierung des Profisports durch inzwischen leider mächtige Pressuregroups, durch die radikale politische Linke, durch die irrsinnige globale LGBTQ-Community. Und es ist ja noch nicht vorbei. Heute tritt bei einem olympischen Kampf Lin Yu-ting (28) aus Taiwan an, auch so eine „Boxerin“, die bei der WM damals den Geschlechtstest nicht bestanden hatte.

Was wir erleben ist ein seit Jahren geführter Kampf, der die traditionelle Familie zerstören, Kinder auf ihre gesellschaftliche Nützlichkeit und massive Verwirrung über das biologische Geschlecht verbreiten will. Nach „Homo-Ehe“, nach Regenbogen-Fähnchen ist „Trans“ jetzt der Trend zur Schaffung des linkswoken Paradieses geworden.

Wer dagegen aufbegehrt – Sie ahnen es – ist rechtsradikal und muss bekämpft werden.

So wie die Vorsitzende der „Aktion Ehe & Familie – Demo für Alle“, Hedwig von Beverfoerde, die seit Jahren vor den Gefahren der LGBTQ-Agenda warnt.

Die Frühsexualisierung unserer Kinder in Kitas und Grundschulen, ganz aktuell das sogenannten

„Selbstbestimmungsgesetz“, Geschlechtsumwandlung Minderjähriger ohne Zustimmung der leiblichen Eltern – das passiert nicht alles zufällig. Das ist gewollt und folgt einer politischen Strategie.

Fast ein Treppenwitz, dass die Trans-Extremisten und feministische Gruppen, die eigentlich auf derselben Seite stehen, zunehmend in erbitterten Streit geraten. Denn wenn das Geschlecht eines Menschen bedeutungslos sein soll, dann gibt es ja auch keinen Grund, warum Frauen in unserer Gesellschaft besonders gefördert werden müssen, oder?

Was macht Viktor Orban da?

Vorweg: Ich bin ein Fan des ungarischen Präsidenten Viktor Orban und der Ungarn an sich. Ich mag die Art, wie er die Interessen seines Landes vor den Interessen der Europäischen Union vertritt. Make Hungary great again sozusagen.

Ich mag, wie er sein Land – gemeinsam mit Polen – als Bollwerk gegen Uschis linkswoke Bürokraten-EU positioniert.

Und als Orban und seine Fidesz am 3. April 2022 erneut einen fulminanten Wahlsieg errangen, stand ich in Budapest in einer jubelnden Menge von Fidesz-Anhängern, um den widerborstigen Präsidenten zu feiern. Mit viel zu viel Bier, wie ich gern zugebe. Aber es ist auch mal schön, wenn Konservative einen Sieg feiern können. In Deutschland ist es lange her, seit ich das erlebt habe.

Also, Orban ist mein Mann

Ich habe nicht vergessen, dass es die Ungarn waren, die mit einem „Paneuropäische Picknick“ im August 1989 für eine kurze Zeit den Grenzzaun zu Österreich lüfteten und den Weg zur deutschen Wiedervereinigung ebneten.

Und als ein Berliner Zeitungshaus im vergangenen Jahr Viktor Orban zur Diskussion bat, war ich dabei und habe es genossen.

Ich verstehe auch, dass sich Ungarn – trotz einer leidvollen Geschichte mit Russland – mit Putins Unrechtsstaat irgendwie arrangieren muss, bezieht es doch 100 Prozent seines Energiebedarfs von dort.

Aber was jetzt gerade läuft, ist inakzeptabel

Wie in einer Familie muss man auch in einem Bündnis oder Staatenbund am Ende des Tages zusammenstehen.

Doch die aktuellen ungarischen Sonderregeln für „Gastarbeiter“ aus Russland und Belarus sind völlig inakzeptabel aus Sicht der anderen EU-Mitgliedsstaaten.

Die konservative Europäische Volkspartei (EVP), der auch die deutschen Parteien CDU und CSU angehören, fordern in einem Brief an EU-Ratspräsident Charles Michel, Maßnahmen gegen „Schlupflöcher für Spionageaktivitäten“ und eine große Anzahl von Russen zu ermöglichen, die über Ungarn in den grenzkontrollfreien Schengen-Raum einsickern.

Ungarns Verhalten ist nicht partnerschaftlich und ein Affront gegen die Staaten der Europäischen Gemeinschaft.